

«Wir wollten die Zersiedelung verhindern»

Der St. Galler Finanzdirektor Marc Mächler über Fehler im Abstimmungskampf um Wil West und die letzte Chance für das Industriegebiet.

Interview: Regula Weik und Michael Genova

Treten Sie die direktdemokratischen Prinzipien mit Füssen, wie Ihnen die SVP vorwirft?

Marc Mächler: Sicherlich nicht. Es war nie eine Frage, dass die Regierung den Entscheid der Bevölkerung nicht akzeptiert.

Sie sagten nach der verlorenen Abstimmung, Wil West sei nicht gestorben.

Falls deswegen Missverständnisse aufgekommen sind, stelle ich das gerne klar: Weder ich noch die Regierung stellten den Volksentscheid jemals in Frage.

Tun Sie das wirklich? Sie halten an Wil West fest.

Wir haben nun keine Mittel, Wil West als Eigentümer zu erschliessen und zu entwickeln. Daran halten wir uns.

Jetzt kommen wir zum Kern des Problems: Die St. Galler Bevölkerung will Wil West grundsätzlich nicht.

Das Abstimmungsergebnis wird selbst von den Gegnern unterschiedlich gedeutet. Es gibt Interpretationen, die bis zur Sistierung des Gesamtprojekts reichen.

Das Nein bringt doch deutlich zum Ausdruck: Das Volk will keinen derartigen Verschleiss von Kulturland.

Der Kulturlandverlust ist ein wichtiges Thema, das sehe ich genauso. Dazu muss man zurückblenden und wissen, was die Idee von Wil West war.

Erklären Sie es.

Hinter Wil West steht die Idee, konzentriert und verdichtet auf einem Areal über einen längeren Zeitraum bis zu 3000 Arbeitsplätze zu schaffen. Gleichzeitig würden wir verhindern, dass jede Gemeinde in der Region diverse Einzonungen vornimmt. Diese Zersiedelung an den Rändern der Gemeinden wollten wir bewusst verhindern.

Sie behaupten, mit Wil West lässt sich Kulturland sparen?

Davon sind wir, die Regio Wil sowie die St. Galler und die Thurgauer Regierung, überzeugt. Insgesamt wird mit Wil West weniger Kulturland benötigt, als wenn in 23 Gemeinden die Zersiedelung voranschreitet.

Im Abstimmungskampf war davon keine Rede. Haben Sie versagt?

Diese Kritik ist berechtigt. Es ist uns nicht gelungen, die raumplanerische Idee hinter Wil West, die Schonung von Kulturland, deutlich zu machen.

Der Thurgau will vorwärts machen und das Areal einzonen – trotz St. Galler Nein.

Das Areal liegt vollständig auf seinem Hoheitsgebiet, die Einzonung ist seine Sache. Da haben wir nichts mitzuentcheiden, auch wenn wir als Kanton Eigentümer des Landes sind.

23 umliegende Gemeinden wären bereit gewesen, auf



Marc Mächler: «Es ist mir völlig klar, dass es nicht einfach sein wird, eine mehrheitsfähige Vorlage auszuarbeiten.»

Bild: Benjamin Manser (St. Gallen, 11. November 2022)

eigene Einzonungen zu verzichten. Wie wollen Sie diese nun bei Stange halten?

Es ist klar: Wir sind nicht nur der St. Galler Bevölkerung, sondern auch den 23 Wiler Agglomerationsgemeinden und dem Thurgau Antworten schuldig.

Wann liegen diese vor?

Es geht nun darum, verschiedene Optionen auszuloten.

Haben Sie denn überhaupt welche? Ausser dem Verkauf.

Für eine Aussage dazu ist es noch zu früh. Für die Regierung ist klar: Es braucht eine neue Vorlage ans Kantonsparlament und dieses wird dann über das künftige Vorgehen entscheiden.

Die Zustimmung des Parlaments war wenig wert: Das Volk sah es letztlich anders.

Es ist mir völlig klar, dass es nicht einfach sein wird, eine mehrheitsfähige Vorlage auszuarbeiten. Die Regierung wird daher mit allen Fraktionen das Gespräch suchen, eine erste Aussprache fand bereits statt.

Welche alternativen Ideen unterbreiteten Sie ihnen?

Wie gesagt: Dazu ist es noch zu früh. Klar ist: Die Erschliessung und Entwicklung durch den Kanton ist nach dem Volksnein definitiv vom Tisch. Die damit zusammenhängenden Investitionen werden deshalb aus dem Budget 2023 gestrichen.

Es kommt also zum Verkauf an den Thurgau?

Der Verkauf an den Thurgau ist eine Option. Ob das die Lösung ist, die der Kanton St. Gallen einschlagen will, wird nicht die Re-

gierung entscheiden, sondern das Kantonsparlament.

Ein Verkauf ist doch eine Mogelpackung: Auch dann geht Kulturland verloren.

Wenn der Thurgau unser Land kaufen, erschliessen und die ursprünglichen Pläne weiter verfolgen wird, kommt es zum Kulturlandverlust. Dem ist so. Aber nochmals: Die Grundidee ist, insgesamt weniger Kulturland zu verlieren, da es konzentriert an einem Ort geschieht.

Mit einem Verkauf wird der Volksentscheid doch einfach umgangen.

Das stimmt so nicht. Es werden alle demokratischen Prinzipien gewahrt bleiben: Die Regierung wird einen Vorschlag unterbreiten, entscheiden wird das Parlament. Sollte es der Meinung sein, dass ein Verstoß gegen den Volkswillen per se vorliege, so könnte es auf das Geschäft nicht eintreten.

Wie will die Regierung eine Mehrheit für einen Verkauf finden?

«Es ist uns nicht gelungen, die Idee hinter Wil West deutlich zu machen.»

Es wird unsere Aufgabe sein, in der Botschaft all die Vor- und Nachteile der vorgeschlagenen Lösung darzulegen. Findet sich keine Mehrheit, bleibt der Kanton Eigentümer des Landes.

Was passiert dann?

Dann ist das Land zwar eingezont, aber mehr passiert nicht.

Es bliebe brach liegen?

Korrekt.

Das Volk hat nichts mehr zu sagen?

Die Regierung hat diese Frage intensiv geprüft: Für den Verkauf von Verwaltungsvermögen, sei es Land oder seien es Immobilien, ist abschliessend das Kantonsparlament zuständig. Das geht aus dem Verfassungsrecht hervor.

Nochmals zu den Optionen: Eine Alternative zum Verkauf gibt es doch gar nicht?

Ich sehe derzeit zwei Möglichkeiten: Das Land horten oder verkaufen. Vielleicht gibt es weitere Varianten, daher tauschen wir uns mit den Fraktionen aus.

«Ich sehe im Moment zwei Möglichkeiten: das Land horten oder verkaufen.»

Warum gibt sich die Regierung nicht einfach geschlagen?

Wil West ist kein ausschliessliches Projekt des Kantons St. Gallen. Wir haben es gemeinsam mit dem Thurgau und den 23 Gemeinden aufgegleist. Zudem finanziert der Bund rund einen Drittel der Investitionen mit. Wir sind nach dem Volksnein deshalb verpflichtet, Lösungen zu suchen und Antworten zu finden. Ich verstehe auch den Thurgau, dass er an diesem Generationenprojekt auf seinem Gebiet festhalten will.

Hat sich St. Gallen gegenüber dem Thurgau verpflichtet, das Land zu verkaufen, wenn es dereinst eingezont ist?

Nein. Es gibt kein solches rechtlich bindendes Versprechen.

Der Thurgau muss also akzeptieren, wenn St. Gallen nichts aus dem Land macht?

Ja, davon gehe ich aus.

Hat die SVP mit ihrer Kehrtwende den ganzen Schlamm erst ausgelöst?

Der Kulturlandverlust war zu Beginn der parlamentarischen Debatte nicht ihr Hauptkritikpunkt gewesen. Dass eine Partei ihre Meinung ändert, ist legitim. Der Fokus in der öffentlichen Debatte war danach ein anderer.

Wie wollen Sie die gesplante SVP wieder auf Ihre Seite ziehen?

Wir müssen nochmals eine saubere Auslegeordnung zum Thema Kulturland machen. Unabhängig von der Partei: Der Ansatz von Wil West müsste eigentlich im Interesse all jener

Kritiker sein, die sich am Verbrauch von Kulturland stören.

Die Grünen argumentieren, Grossprojekte wie Wil West seien aus der Zeit gefallen.

Wenn Wil West nur ein Autobahnanschlussprojekt wäre, gäbe ich den Kritikern recht. Es geht aber um viel mehr. Es wurden zum Beispiel zwei neue Bahnhöfe, gute ÖV-Anschlüsse, zusätzliche Velo- und Fusswege geplant. Daher glaube ich: Wil West ist zukunftsfähig.

Das St. Galler Stadtparlament lehnt einen neuen Autobahnanschluss ab. Ein schlechtes Omen für Wil West?

Die Kritik war auch bei Wil West artikuliert worden. Insofern ist sie nicht neu.

Haben Grossprojekte im Kanton noch eine Chance?

Die Bevölkerung ist gegenüber Infrastrukturvorhaben kritischer geworden. Die Mitwirkungsverfahren wurden in den letzten Jahren ausgebaut. Die Behörden müssen damit umgehen können. Auch damit, dass sich die Planungsphasen verlängert haben.

Wann wird das Parlament die neue Wil-West-Vorlage beraten?

Frühestens in der zweiten Jahreshälfte 2023.

Wie wollen Sie die Kritiker doch noch überzeugen?

Stoppen wir die Zersiedelung in den Gemeinden, gehen wir sorgsam mit Kulturland um. Wil West bietet dazu eine echte Chance.